

Die Studierendenvertretung der KU Eichstätt-Ingolstadt spricht sich gegen das Verbot von gendergerechter Sprache an Hochschulen aus.

Der Studentische Konvent der KU Eichstätt-Ingolstadt bringt hiermit seine Ablehnung und sein Unverständnis über das kürzlich beschlossene Verbot von gendergerechter Sprache in Bayern zum Ausdruck.

Bis zu diesem Zeitpunkt haben uns, die Vertreter*innen der Studierenden der KU Eichstätt-Ingolstadt, keine Beschwerden über einen angeblichen uniweiten Genderzwang oder über flächendeckende Benachteiligung aufgrund des Nicht-Genderns in Prüfungen erreicht. Wir sind der Auffassung, dass dies kein vorherrschendes Problem an unserer Universität darstellt.

Wir sind deshalb verwundert, dass Staatskanzleichef Florian Herrmann sicherstellen möchte, dass Studierende, welche nicht gendern, keine Probleme bekommen.¹ Zudem sind uns keine Fälle bekannt, in welchen Sprache durch Gendern unverständlich für Studierende geworden wäre, wie es Herrmann behauptet.² Als Universität mit einer besonders hohen Anzahl an Lehramtsstudierenden vertreten wir ebenso zukünftige Lehrer*innen und Studierende in Praktika oder Anstellung an Schulen, welche durch dieses Verbot in besonderer Weise betroffen sind und bei welchen der bayerische Ministerpräsident Eltern zur Denunziation aufruft, sollten diese im Schriftverkehr gendergerechte Sprache verwenden.³

Wir appellieren, sich auf politischer Ebene den drängenden Problemen der Studierenden zu widmen, welche aus einem Dialog mit den bayerischen Studierendenschaften erfahrbar sind. Bei dem Verbot der gendergerechten Sprache handelt es sich um populistische Politik gegen Scheinprobleme, die keine Lösung für die realen Probleme der bayerischen Studierenden ist und mit welcher wir nicht einverstanden sind. Wir fordern ein Ende des Verbots der gendergerechten Sprache und eine erhöhte Aufmerksamkeit und Lösungsbereitschaft für unsere realen Nöte: Wir Studierende benötigen bezahlbaren Wohnraum in unseren Studienorten, eine schnelle Digitalisierung, eine bessere Finanzierung der Studierendenwerke – die unter anderem für unsere BAföG-Anträge zuständig sind – sowie sanierte Hochschulgebäude auf dem neuesten Stand der Technik. Wir bitten darum, die Prioritäten dementsprechend zu setzen und halten das Verbot der Gendersprache für keine adäquate Lösung.

¹ Vgl. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bayern-beschliesst-verbot-von-gendersprache,U7T9VzC> (letzter Zugriff: 04.04.24)

² Vgl. ebd.

³ Vgl. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/aerger-ueber-soeders-gender-aussage-aufruf-zum-anschwaerzen,U87J1Bc> (letzter Zugriff: 04.04.24)